



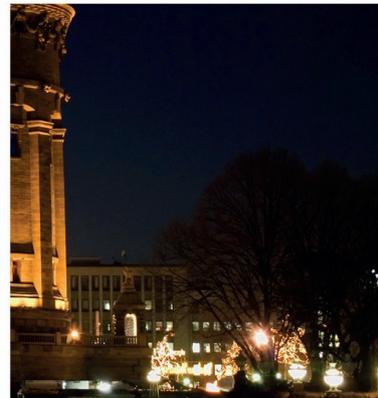
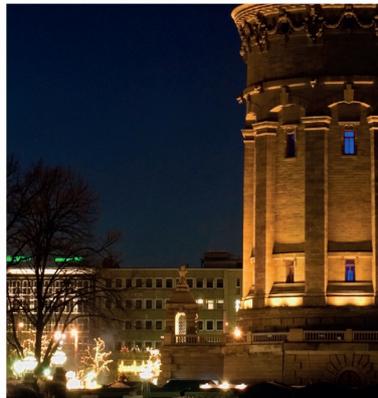
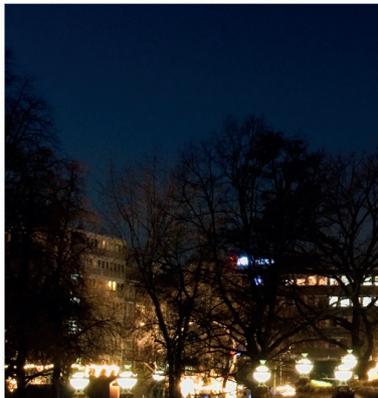
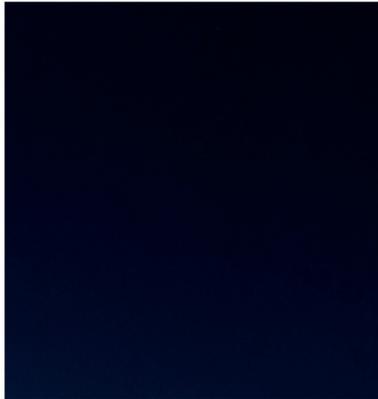
**Fraktion
Freie Wähler-**

MANNHEIMER LISTE



ETATREDE 2025/2026

**Das Beste für Mannheim
Menschen mitnehmen**



**Die partei-
unabhängige
politische Kraft
in Mannheim**

19. 11. 2024

**Holger Schmid
Fraktionsvorsitzender**

Rede zum Doppel-Haushalt 2025/2026

der Stadt Mannheim

Holger Schmid

Fraktionsvorsitzender

Mannheim, 19. November 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zum Haushalt	Seite 3
Verwaltung / Personal	Seite 5
Bürgerdienste	Seite 7
Stadtraumservice	Seite 7
Stadtspark	Seite 8
Universitätsmedizin Mannheim	Seite 9
Nationaltheater Mannheim	Seite 9
Kulturförderung	Seite 10
Klimaschutz	Seite 10
Zustand der Infrastruktur	Seite 11
Grundsteuer	Seite 12
Sicherheit und Sauberkeit	Seite 13
Migration / Flüchtlinge	Seite 14
Neue Handlungsgrundsätze	Seite 16
Politische Forderungen	Seite 17
Dankesworte	Seite 19
Die Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste	Seite 20

Das Beste für Mannheim

- die Menschen mitnehmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates und der Bezirksbeiräte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

Allgemeines zum Haushalt

Viele Projekte, mit denen wir uns seit Jahren beschäftigen, finden erfreulicherweise einen vorläufigen Abschluss im vorliegenden Doppel-Haushalt 2025/2026 wieder, beispielsweise

- Verzicht auf Neubau Stadtbibliothek
- Erhalt Parkhaus N2
- Verzicht auf Fertigstellung Multihalle
- Neubau Kultur- und Sporthalle Wallstadt mit Feuerwehr

Dagegen konnten unsere langjährigen Forderungen nach

- mehr Geld für Sanierungen, Instandsetzungen und Unterhaltung von Bauwerken, Brücken und Straßen
- mehr Geld für energetische, CO2-reduzierende Gebäudesanierungen
- Entsiegelung von Schottergärten

aufgrund der aktuellen finanziellen Situation der Stadt Mannheim, der fehlenden Steuereinnahmen und der enormen Baukostensteigerungen bei fast allen Projekten nicht berücksichtigt werden. Dabei wäre gerade dies enorm wichtig und hätte positive Auswirkungen auf unsere Infrastruktur.

Grundsätzlich sollte die Stadt antizyklisch investieren und unternehmerisch denken und handeln. Trotzdem sollte die jetzt mit dem Haushaltsentwurf 2025/26 eingeschlagene Linie nicht geändert werden. Die ML ist weiterhin gegen Steuererhöhungen und will auch kein Ende des Neuverschuldungsverbots.

Ob jedoch das Neuverschuldungsverbot bei den hohen Sanierungskosten für unsere marode Infrastruktur **mittelfristig** zu halten sein wird ist die Frage. Wenn es aber fallen müsste, dann nur für investive Ausgaben, keinesfalls für konsumtive Ausgaben oder Leistungsausweitungen bei bereits bestehenden oder neuen Angeboten der Stadt.

Es ist nach dem Ausgang der US-Wahlen nicht zu erwarten, dass sich die allgemeine wirtschaftliche Lage der Exportnation Deutschland bessert und sich in ein positives Wirtschaftswachstum umkehrt. Und auch das Scheitern der Ampel-Regierung wird kurzfristig nicht zu einer Stabilisierung der Wirtschaft beitragen.

Unsere Hoffnung ist, dass wir nach der Bundestagswahl eine neue Regierung – wie auch immer diese aussehen wird – bekommen, deren Ausrichtung sich ändert und die hoffentlich erste Schritte in eine andere Richtung veranlasst. Nur so können wir auf einen Wachstumsimpuls für die Wirtschaft hoffen. Erst wenn es wieder mehr Zuversicht in die Politik und vor allem mehr Verlässlichkeit geben wird kann wieder mehr Investitionsfreundlichkeit und Optimismus in Deutschland entstehen.

Doch nun zu einzelnen Punkten.

Verwaltung/Personal

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 durch das Rechnungsprüfungsamt hat gezeigt, dass die Verwaltung größtenteils eine sehr gute Arbeit leistet. Nichtsdestotrotz wurden insbesondere im Bereich des Dezernates IV einige Missstände aufgezeigt, bei denen dringend gehandelt werden muss.

Beispielsweise fehlt seit 2019 eine Inventaraufstellung für städtischen Grundbesitz, Gebäude und Anlagegüter. Dies wurde seit 2019 jedes Jahr beanstandet und vom Rechnungsprüfungsamt gefordert, geschehen ist jedoch bis heute nichts. Hinzu kommt, dass die im Rahmen von Change2 angedachten Elemente "Einführung Immobilienmanagement" und "Implementierung einer Bauinvestitionssteuerung" sicherlich auch hilfreich bei der Priorisierung von Projekten und der Baukostensteuerung wären. Beide Vorhaben wurden bisher nicht verwirklicht.

Diese Projekte sind allesamt im Dezernat IV angesiedelt. Hier scheinen gravierende Missstände oder hoher Regelungsbedarf zu bestehen und sollte gehandelt werden.

Hinzu kommt, dass Projekte, die für die Bürgerinnen und Bürger wichtig wären nur sehr langsam und unvollständig umgesetzt werden bzw. in anderen Städten bereits funktionierende Vorzeigelösungen vorhanden sind, als Beispiel möchten wir nur das groß angekündigte Baustellenmanagement für Mannheim nennen: Bis heute ist es nicht möglich, auf der Homepage einzelne Baustellen in Mannheim anzuklicken und Infos zu der Baustelle, zur Dauer und zum Umfang zu bekommen. Im Gegensatz dazu findet man im Geoportal Kaiserslautern alle Baustellen, umfassend mit diesen Infos hinterlegt. Wir fragen uns, ob es nicht besser wäre, auf Best-Practice-Beispiele anderer Städte zurückzugreifen statt mühsam eigene Lösungen zu entwickeln.

Diese Liste ließe sich fortsetzen: Unklarheit bei der Zuständigkeit für die Betreuung von Spielplätzen zwischen GBG und Stadt bzw. SRS. Der Zuständigkeitsstreit zwischen FB25 und FB76 SRS hinsichtlich der irrtümlich entfernten Bodenhülse für den Neuostheimer Weihnachtsbaum oder fehlende oder unklare Zuständigkeitsregelungen und Kontrollversagen beim Fahrlachtunnel.

Insgesamt dauert es oft viel zu lang, bis Projekte aus der Planungsphase in die Umsetzungsphase gehen. Auch dadurch erhöhen sich die Kosten, die dann den Haushalt zusätzlich belasten und Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten wegnehmen. Wichtig wäre es, Planungsprozesse zu beschleunigen und schneller in die Umsetzung zu kommen. Die Gefahr einer zuletzt immer wieder beobachteten Kostenerhöhung durch nachträgliche Zusatzausgaben oder Änderungswünsche und dadurch notwendige Nachbewilligung könnte so minimiert werden.

Ein weiterer Punkt für die Mannheimer Liste ist auch die Verringerung und Vermeidung von Doppelstrukturen und Mehrfach-Bearbeitungen.

Beim Masterplan Mobilität, bei sMArt City und dem Runden Tisch Mobilität/Radverkehr bestehen deutliche Schnittmengen bei den Arbeitsbereichen, in Teilen muss hier auch der Local Green Deal genannt werden, die Mitarbeitenden dort beschäftigen sich mit ähnlichen oder gleichen Themen. Da die Besprechungen und Treffen oftmals außerhalb der regulären Arbeitszeit stattfinden werden Personalressourcen gebunden, die im Tagesgeschäft dann fehlen. Und ob es Sinn macht, dass bei einem Tischgespräch zur Entwicklung einer Biodiversitätsstrategie für Mannheim am Abend 24 Verwaltungsvertreter anwesend sind sei dahingestellt. (24 Mitarbeiter à 2,5 Stunden reine Besprechungszeit ergibt 60 Wochenstunden Arbeitszeit).

Ebenfalls noch nicht vollständig umgesetzt wurde trotz vielfacher Mahnung des Rechnungsprüfungsamtes das für einen regulären Ablauf der Verwaltung unbedingt notwendige interne Kontrollsystem (IKS).

Bürgerdienste

Die Bürgerdienste sind zum Erhalt und der Stärkung der Stadtteile und der dortigen Infrastruktur (bspw. Bürgerservice, Büchereien, Senioreneinrichtungen) und der Vereine wichtig und unverzichtbar. Dort sind Änderungen dringend erforderlich, um die Bürgerfreundlichkeit zu stärken und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Service zu bieten. Wir schlagen vor, bei der Terminvergabe ganz neue Wege zu gehen. Überall in den Bürgerdiensten sind heute digitale Systeme im Einsatz, es müsste deshalb technisch ohne Probleme möglich sein, im Internet oder einer App Auslastung und freie Kapazitäten in den einzelnen Stadtteilen darzustellen und damit die jeweils voraussichtliche Wartezeit anzuzeigen. Dann könnten die Bürger entscheiden, zu welchem Bürgerdienst sie aktuell gehen möchten. Viele Terminfenster können auch von Berufstätigen nicht wahrgenommen werden, ohne Urlaub zu nehmen. Deshalb wäre es wichtig, für Berufstätige mehr frei verfügbare Termine am späten Nachmittag anzubieten oder eine Abendsprechstunde einzuführen.

Stadtraumservice

Ein Konstrukt wie der Stadtraumservice ist aufgrund seiner Vielzahl an Mitarbeitern und der Vielfalt seiner Aufgaben nur sehr schwierig zu führen. Dadurch besteht die Gefahr einer Überlastung der Geschäftsführung. Es scheint jedoch Besserung in Sicht, da Anfang 2025 die Geschäftsführung wieder komplett sein wird. Mit der neuen Geschäftsführung muss sich letztendlich aber was ändern, da sonst die Müll- und Abfallproblematik und die Unterhaltung und

Sanierung der städtischen Infrastruktur immer mehr ins Hintertreffen gerät. Sollte sich keine signifikante Verbesserung zeigen muss ernsthaft über eine Änderung der Strukturen oder eine Neugliederung nachgedacht werden.

Kritisch sehen wir die finanzielle Situation beim Stadtraumservice. Es sind hohe Defizite aus Vorjahren vorhanden, die das Budget belasten und jährlich kommen weitere Defizite dazu. Eine Erhöhung des städtischen Zuschusses ist aufgrund der finanziellen Situation nicht absehbar.

Allgemein anmerken möchten wir noch, dass Dezernat V bisher keinen Wirtschaftsplan für 2025 und keine Vorausschau für 2026 für den Stadtraumservice vorgelegt hat. Dadurch kann der Gemeinderat nicht seriös über die geplanten Ausgaben und Einnahmen beim SRS entscheiden und Schwerpunkte festlegen. Dies ist auch bei anderen Eigenbetrieben und Gesellschaften der Fall. Zukünftig sollte die Verwaltung darauf hinarbeiten, dass die Wirtschaftspläne rechtzeitig vor den Beratungen über den Haushalt vorliegen.

Stadtpark

Die Stadtpark GmbH ist chronisch unterfinanziert und defizitär. Diese Situation hat sich durch die 60 Mio.€ Investition in die Neue Mitte noch verschärft und führt zu einem jährlichen strukturellen Defizit von 5 Mio.€. Die Finanzierung über den Haushalt der Stadtpark GmbH wurde gewählt, um bei der BUGA ein Defizit zu verhindern. Die Finanzierung dort wäre transparenter gewesen und hätte gleichzeitig die Stadtpark GmbH entlastet.

Die derzeitige Situation kann aber keine Dauerlösung sein, da in 2-3 Jahren das Eigenkapital aufgebraucht ist. Beim Fernmeldeturm sind in den kommenden Jahren ebenfalls hohe Sanierungskosten zu erwarten, auch dort muss eine praktikable Lösung gesucht werden, die das Budget der Stadtpark GmbH nicht

weiter belastet. Erschwerend kommt hinzu, dass im Haushalt keine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses vorgesehen ist, die dringend nötig wäre. Mit Geld alleine lässt sich die Situation aber nicht lösen, hier sind strukturelle Änderungen notwendig.

Wir schlagen deshalb vor, einen anderen Weg zu gehen und fordern die Verwaltung auf, gemeinsam mit der Geschäftsführung ein Konzept zur Refinanzierung der Stadtpark GmbH auszuarbeiten: Ziel muss sein, die Finanzkraft und das Eigenkapital zu stärken und den Cashpool zurück zu führen, um neue Handlungsspielräume zu schaffen.

Universitätsmedizin Mannheim

Die finanzielle Lage beim Universitätsklinikum ist dramatisch. Eine Lösung mit dem Land Baden-Württemberg müsste schnellstmöglich kommen, um der Stadt finanzielle Spielräume zu schaffen. Durch das geplante Krankenhaus-versorgungsverbesserungsgesetz, das ein Aussetzen der Fusionskontrolle durch das Bundeskartellamt bis 2030 enthält wäre eventuell eine kurzfristige Lösung absehbar gewesen. Das Gesetz wurde im Bundestag verabschiedet, es liegt nun beim Bundesrat. Ob das Gesetz überhaupt in Kraft treten kann ist nicht sicher. Aber auch ein Verbund wird nicht alle Probleme für die Stadt Mannheim lösen. Unabhängig davon wie es weitergeht und was passiert bleibt auch in Zukunft ein erheblicher Anteil des Defizits an der Stadt hängen (im Schnitt 40 – 50 Mio.€).

Nationaltheater Mannheim

Die Generalsanierung ist in vollem Gange, der größte Teil der Aufträge ist schon vergeben. Auch hier zeichnet sich ab, dass Mehrkosten entstehen werden, die in künftigen Haushalten finanziert werden müssen. Den Verzicht auf einen Neubau

beim Hochregallager im Hafengebiet begrüßen wir. Es gibt deutlich günstiger Lösungen und Möglichkeiten, dieses Projekt zu realisieren.

Die Fortführung der Sanierung muss weiterhin unter strengster Beachtung der Kostensituation erfolgen. Bei der Gestaltung der Außenanlagen ist uns wichtig, dass auch nach der Generalsanierung weiterhin Parkplätze für die Besucher vorhanden sind. Dies ist mit Blick auf die Situation beim Collini-Center eminent wichtig, auch für Gäste aus der Metropolregion oder den Stadtteilen, die keine Möglichkeit haben, den ÖPNV zu nutzen.

Kulturförderung

Die institutionelle Förderung von Kulturinstitutionen ist mittelfristig gesichert. Bei den Museen besteht aber ebenfalls nach wie vor ein strukturelles Defizit, mit dem wir uns in den Folgejahren beschäftigen müssen.

Zusätzliche Mittelanforderungen und Neuaufnahme kultureller Projekte sind aufgrund der Haushaltslage schwierig. Sie müssen im Einzelfall geprüft und in den Etatverhandlungen behandelt werden.

Klimaschutz – die Menschen mitnehmen

Der im Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Klimaschutzaktionsplan ist nach Meinung der Freien Wähler Mannheimer Liste gescheitert. Der Gemeinderat hat dabei Dinge beschlossen, von denen wir vorher schon wussten, dass wir sie nicht schaffen werden.

Die ML hat sowohl diesen Klimaschutzaktionsplan wie auch die dazugehörige Wärmeplanung abgelehnt. Uns war von vornherein klar, dass die beschlossenen Zeithorizonte völlig unrealistisch und haltlos sind. Wir müssen realistische Ziele setzen – die immer noch äußerst ambitioniert sind – und die weitest gehende Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 anstreben.

Die Freien Wähler Mannheimer Liste werden dafür kämpfen, dass 2035 kein Gasnetz stillgelegt wird. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen bis zu 20 Jahre, um eine vernünftige Chance zu haben, ihre Heizungsanlagen umzustellen. Im Übrigen kann nicht von Nachhaltigkeit gesprochen werden, wenn Gasheizungen ausgetauscht werden müssen, die noch nicht einmal 50% ihrer Lebensdauer erreicht haben.

Wir müssen diese Themen ideologiefrei angehen und damit die Menschen mitnehmen. Mit Wärmepumpenfetischismus kommen wir bei unsanierten Gebäuden nicht weiter. Und auf welche Art die Bürger und Bürgerinnen ihre Gebäude CO2-neutral beheizen muss ausschließlich in deren Hand liegen.

Der Gemeinderat muss sich ehrlich machen und die Menschen in dieser Stadt auf einen Weg mitnehmen, den sie gehen können und wollen. Dabei ist es wichtig, den Menschen keine Verbote aufzuerlegen, sondern sie durch Ideen und Anreize mitzunehmen und in das politische Handeln einzubinden.

Parallel dazu fordern die Freien Wähler Mannheimer Liste eine neue Ausrichtung der Klimapolitik in Mannheim hin zur Klimafolgenplanung und Klimafolgenanpassung. Die bisherigen Projekte aus dem Klimaschutzaktionsplan setzen nach Meinung der Fraktion falsche Schwerpunkte, diese müssen zukünftig vorrangig in den Bereichen Hitze- oder Hochwasserschutz erfolgen.

Zustand der Infrastruktur

Unsere Straßen, Brücken und städtischen Gebäude sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Es wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer gespart, die Unterhaltung wurde vernachlässigt oder unterlassen. Heute bekommen wir die Rechnung präsentiert.

Die Freien Wähler Mannheimer Liste hat seit Jahren gefordert, mehr Geld für Instandhaltungen in den Haushalt aufzunehmen. Gewerbe, Industrie, aber auch

unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen funktionierende Straßen und Brücken. Einen Brückeneinsturz wie in Dresden wollen wir nicht erleben.

Als Negativ-Beispiel sei hier das Collini-Center genannt. Der Neubau eines Neuen Technischen Rathauses wäre verzichtbar gewesen, hätte der verantwortliche Baubürgermeister nicht jahrzehntelang das Gebäude "verlottern" lassen. Heute zahlt die Stadt Millionen pro Jahr an die GBG für die Anmietung des neuen Technischen Rathauses. Gleichzeitig liegt das Collini-Center der Stadt immer noch mit hohen Unterhaltungs- und Betriebskosten auf der Tasche. Und ein Ende ist nicht abzusehen.

Solche Dinge müssen wir künftig verhindern, sie sind nicht mehr bezahlbar. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur saniert wird um die Folgekosten zu minimieren. Deshalb muss in den Folgejahren jährlich mehr Geld in die Sanierung und Unterhaltung der Straßen und Brücken gesteckt werden. Nur so werden wir es schaffen, kein "Dresden" zu erleben.

Wir bleiben deshalb bei unserer Forderung nach mehr finanziellen Mitteln für unsere Infrastruktur, da diese lebenswichtig für Mannheim ist.

Grundsteuer

Richtig ist, dass jetzt die Wertzuwächse der vergangenen Jahrzehnte abgebildet werden. **Falsch ist**, dass das baden-württembergische Grundsteuer-Modell die Art der Bebauung der Grundstücke überhaupt nicht berücksichtigt und diese nicht in den Wert des Grundstückes und damit die Grundsteuer einfließt.

Die ML hat der Reduzierung der Hebesätze zugestimmt, wir sehen aber eine **"soziale Unwucht"** in der Neuregelung, da die Art und der Umfang der Bebauung nicht berücksichtigt wird. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass wir in Mannheim eine Lösung für die eingetretenen Härtefälle (Härtefall = Verdoppelung Grundsteuer) finden. Wir fragen aber auch die Verwaltung, was

unternimmt Stadt gegenüber dem Land, um dieses Ungleichgewicht zu beseitigen?

Sicherheit und Sauberkeit

Das Land Baden-Württemberg hat im September 2024 ein umfangreiches Sicherheitspaket beschlossen. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu stärken, sollen die Waffen- und Messerverbote im Land konsequent ausgeweitet werden. Sobald der Bund die angekündigten Verschärfungen im Waffenrecht beschlossen hat, will die Landesregierung diese neuen Spielräume nutzen und bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen im Öffentlichen Personennahverkehr, an Bahnhöfen sowie an besonders kriminalitätsbelasteten Orten ein absolutes Messerverbot einführen. Zudem sollen mehr orts-, zeit- und bedarfsabhängige Kontrollen in Waffen- und Messerverbotzonen und im ÖPNV durch die Polizei durchgeführt werden.

Wir sind gespannt, ob diesen Worten auch Taten folgen werden und ob nach dem Aus der Ampel das angekündigte Gesetz überhaupt noch mit dieser Regierung zustande kommt.

Genauso wichtig ist uns aber auch ein effektiverer Einsatz des Stadtraumservice. Echte Veränderungen und Neuerungen wie die Einführung digitaler Abfalleimer, das Aufbrechen starrer Strukturen und Leerungsroutinen, flexiblere Reaktion auf Missstände wie wilder Sperrmüll sind nur einige Punkte, die uns bisher fehlen und die mit der neuen Geschäftsführung kommen müssen. Bewährt haben sich die neu eingeführten Müll-Detektive, die bereits in kurzer Zeit einiges erreicht haben. Man sollte bereits jetzt über eine Ausweitung nachdenken und dafür ausnahmslos bereits vorhandenes Personal einsetzen. Dabei müssen künftig auch die Stadtteile einbezogen werden und auch unangekündigte Kontrollen erfolgen. Vielleicht findet man in dem einen oder anderen Stadtteil

Ehrenamtliche, die im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung solche Kontrollgänge übernehmen würden, man sollte darüber nachdenken.

Migration und Flüchtlinge

Mit dem bereits genannten Sicherheitspaket der Landesregierung werden auch Nachbesserungen und weitere Maßnahmen für den Bereich Migration angekündigt: Beispielsweise soll eine Stärkung der Staatsanwaltschaften durch bessere Personalausstattung oder Einführung von Asylkammern zur Beschleunigung asylgerichtlicher Verfahren kommen. Asylgerichtliche Verfahren sollen beschleunigt und Hürden für Ausweisungen durch Aberkennung des Schutzstatus beseitigt werden.

Gleichzeitig soll der Vollzug von Abschiebungen und Dublin-Überstellungen weiter beim RP Karlsruhe gebündelt werden, um diese Überstellungen erfolgreich durchzuführen oder eine Verlängerung der Überstellungsfrist zu erwirken. Gleichzeitig möchte die grün-schwarze Landesregierung überprüfen, welche weiteren Verbesserungsmöglichkeiten das Land selbst ergreifen kann. Vom Bund hätten wir erwartet, dass er endlich die vielfältigen Probleme bei Dublin-Überstellungen ausräumt und praktikable Lösungen sucht. Ob das noch erfolgt ist mehr als fraglich.

Die Belastung ist für alle Kommunen hoch, und Bund und Land haben sich bisher aus der Verantwortung genommen. Es wird nur diskutiert und ständig neue, weitergehende Forderungen und Vorschläge unterbreitet sowie Versprechungen gemacht, die gar nicht eingehalten werden können oder nicht umsetzbar sind. Die ML hat für Mannheim konkrete Vorschläge gemacht und die entsprechenden Anträge gestellt:

Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete, die bereits im Rhein-Pfalz-Kreis und vielen anderen Kommunen und Landkreisen funktioniert und ja auch von

der Bundesregierung beschlossen wurde. Passiert ist bis heute nichts, da bestimmte Parteien und Gruppierungen sowie NGO's dies verhindern möchten. **Gemeinnützige Arbeit für Flüchtlinge**, um diese aus den Gemeinschaftsunterkünften heraus zu bekommen und auf eine Beschäftigung, ein Arbeitsleben in Deutschland vorzubereiten und ihnen eine sinnvolle Tagesbeschäftigung zu bieten.

Diese Vorschläge brauchen kein Land und keinen Bund, sie können von Mannheim selbst umgesetzt werden. Wir hoffen, dass Verwaltung und Gemeinderat bereit sind, hier die Initiative zu ergreifen und Fakten zu schaffen. Auch das würde mithelfen, die ständig steigenden Sozialausgaben zu begrenzen und einen Sozialtourismus nach Mannheim zu verhindern.

Wir möchten in diesem Zusammenhang betonen, dass politisch Verfolgte, die nach Deutschland kommen und um Asyl bitten bei uns immer willkommen sind und ein faires Verfahren bekommen werden. Was wir nicht wollen sind Flüchtlinge, die die Annehmlichkeiten unseres Sozialstaats in Anspruch nehmen möchten, gleichzeitig aber nicht bereit sind, unsere Gesetze und Rechtsordnung zu respektieren und zu akzeptieren, die nicht bereit sind, sich in Deutschland in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Neue Handlungsgrundsätze

Wichtig ist den Freien Wählern Mannheimer Liste, dass für die künftige Ausrichtung der Stadt Mannheim neue Handlungsgrundsätze entwickelt werden.

Mittelpunkt unseres Handelns sollte bei all diesen Punkten sein, die **Mannheimer Standards** auf das gesetzlich vorgegebene, verantwortungsvolle Maß abzusenken:

Reduzierung des zur Verfügung gestellten Wohnraums bei der Flüchtlingsunterbringung auf die gesetzlichen Vorgaben von Bund und Land. Nur so kann der Sozialtourismus nach Mannheim unterbunden und verhindert werden. Höhere Standards weit über den gesetzlichen Regelungen ziehen Menschen an.

Gleichzeitig muss die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für junge Familien oberhalb der Sozialhilfe-Sätze wieder mehr in den Fokus der städtischen Wohnungsbaupolitik rücken. Wir können es uns nicht leisten, immer mehr junge Familien an das Umland zu verlieren, weil in Mannheim keine bezahlbaren Wohnungen entstehen oder vorhanden sind und der Blick in den letzten Jahren nur noch auf den Bau von Sozialwohnungen gerichtet war.

Bei GBG-Wohnungen muss die Miete bis knapp unter die Mietspiegel-Grenze erhöht werden, um der GBG Spielraum für Modernisierungen und Neubauten zu verschaffen.

Bei Bauvorhaben muss die Zahl der Architektenwettbewerbe deutlich reduziert werden. Sie sollten nur noch bei stadtbildprägenden Gebäuden, nicht bei Funktionsbauten oder unbedeutenden Neubauten wie Sporthallen, KITA's oder Schulerweiterungen eingesetzt werden. Planungen müssen beschleunigt werden, Planungszeiträume müssen deutlich verkürzt werden. Dies hilft mit, die Kostenschätzungen und Baupreise realistischer zu veranschlagen.

Politische Forderungen

Unsere Finanzielle Situation ist bedenklich. Zu viele Projekte wurden in den vergangenen Jahren begonnen, davon sind viele nicht im Haushalt enthalten, sondern wurden über Sonderfinanzierungen (Schattenhaushalte) finanziert, beispielsweise über GBG, BBS oder MWSP.

Die finanzielle Ausstattung von städt. Gesellschaften wie Stadtpark oder Stadtraumservice ist teilweise zu gering, der Betriebskostenzuschuss und die Eigenkapitalausstattung muss schnellstmöglich an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst werden.

Wie soll es weitergehen? Wir brauchen eine Prioritätenliste sowie eine mittelfristige Vorhabens- und Finanzplanung unter den Vorgaben "Wohin wollen wir, was können wir". Dieser Zukunftsplan muss Maßstab für das Handeln der Verwaltung aber auch des Gemeinderates in Mannheim sein. Wir müssen Wunschprojekte ganz nach hinten schieben und das Machbare vom Wünschenswerten trennen.

Wir haben einen Antrag gestellt, dass der Gemeinderat eine Aufstellung erhält, die alle Belastungen des städtischen Haushaltes (Schattenhaushalte) brutto enthält. Enthalten sollen sämtliche Geldflüsse für Projekte zwischen der Stadt Mannheim und den städtischen Gesellschaften wie GBG, MWSP und BBS sein, die in den letzten zehn Jahren außerhalb des Haushaltes finanziert wurden und den Haushalt mit Miet- oder Pachtzahlungen oder Unterdeckungen beim Betriebskostenzuschuss belasten, bspw. Grüner Betriebshof, NTR, Kindergärten, Schulen usw.. Erst mit der Vorlage dieser Liste kann die finanzielle Lage und Belastung des Haushaltes genauer abgeschätzt und bewertet werden. Eine Einschätzung, was künftig noch machbar ist kann erst danach erfolgen.

Wir plädieren gleichzeitig dafür, die Beratung und Diskussion über Zuschussanträge von Vereinen, Einrichtungen und Institutionen von den Haushaltsberatungen abzukoppeln. Dies würde bedeuten, dass alle Zuschussanträge vor der Sommerpause vorliegen müssten, damit die Verwaltung diese prüfen, bewerten und einen Vorschlag für die Fachausschüsse machen könnte. Danach würden diese eine Empfehlung für die Haushaltsberatungen abgeben. Dort könnte der Gemeinderat final entscheiden. Eine Entzerrung des Zeitraums von 2 Wochen vor den Haushaltsberatungen auf die Zeit von Sommer bis Ende November hätte für alle Seiten Vorteile.

Parallel dazu müssen losgelöst von den Haushaltsberatungen in naher Zukunft alle vorhandenen Zuschüsse überprüft und neu bewertet werden, insbesondere mit Blick auf die Höhe und die Erforderlichkeit, auf Parallelstrukturen und die Art des Leistungsangebots mit Blick auf ähnliche, bereits bestehende städtische Angebote.

Nachdem das Sport- und Kulturzentrum Wallstadt nun endlich im Doppelhaushalt enthalten ist muss als nächstes wichtiges Projekt eine Lösung für die Sportanlagen der beiden Sportvereine in Seckenheim und Sandhofen gefunden werden, die den Haushalt nach Möglichkeit nicht belastet.

Unsere wichtigsten Ziele bleiben die Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt, stabile Finanzen und eine seriöse Haushaltsführung sowie die Stärkung der Stadtteile durch eine intakte Infrastruktur inklusive der Straßen.

Schlussworte

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zum Wohle unserer Stadt und unserer Gesellschaft einsetzen. Bei den zahlreichen Ehrenamtlichen, die in den vielen Mannheimer Vereinen und Bürgerinitiativen tätig sind. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Mannheim und der Eigenbetriebe für ihren tagtäglichen Einsatz im Sinne und zum Wohle unserer Stadt. Und auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat und den Bezirksbeiräten für die oftmals gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, auch wenn die politischen Ansichten und Meinungen manchmal weit auseinanderlagen.

Mein Dank gilt meiner ehemaligen Kollegin Christiane Fuchs und meinen Kollegen Achim Weizel und Christopher Probst, den Damen und Herren Bezirksbeiräten der ML sowie der Fraktionsgeschäftsstelle mit Christiane Busenbender und Hartmut Beck für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Etatberatungen und der Haushaltsrede.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Fraktion Freie Wähler – Mannheimer Liste



Fraktion Freie Wähler Mannheimer Liste und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Von links nach rechts: Hartmut Beck, Holger Schmid, Christiane Busenbender, Christopher Probst, Prof. Dr. Achim Weizel



Fraktion Freie Wähler – ML
Rathaus E 5, 68159 Mannheim
Tel.: 0621 293-9402
E-Mail: mannheimerliste@mannheim.de
www.mannheimerliste.de